

dbb regional magazin

Juli/August 2018 • 25. Jahrgang

7/8

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Interview mit Michael Kretschmer

**„Wir brauchen
ein Europa der Regionen“**

Interview mit Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

„Wir brauchen ein Europa der Regionen“

Seit Dezember 2017 ist Michael Kretschmer Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Mit „dbb europathemen“ sprach er über die Rolle von Sachsen in Europa. Wir dokumentieren Auszüge des Interviews.

dbb europathemen: Wie positioniert sich der Freistaat Sachsen in der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union?

Michael Kretschmer: Die Bürger erwarten, dass Brüssel die wichtigen und großen Projekte gut hinbekommt. Kleinteiliges Hineinregieren in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten ist dagegen nicht hilfreich. Dies spricht für eine Konzentration der europäischen Politik auf die zentralen politischen Herausforderungen - dort muss die Europäische Union dann aber auch liefern.

Die effektive Sicherung der Außengrenzen ist so eine Herausforderung. Sie ist der Schlüssel für eine funktionierende europäische Migrationspolitik. Es ist wichtig und notwendig, die bestehenden Defizite beim Schutz der Außengrenzen schnell zu beheben. Es muss für die Mitgliedstaaten möglich sein, angemessen auf die aktuelle Lage zu reagieren und die temporären Kontrollen an den Binnengrenzen im Schengen-Raum weiter aufrechtzuerhalten.

Wichtig ist mir auch, dass unsere Nachbarn eingebunden werden. Der Freistaat Sachsen ist durch seine Lage im Herzen Europas prädestiniert, Brücken zwischen Ost- und Westeuropa zu schlagen und den europäischen Gedanken einer Einheit in Vielfalt zu leben und zu fördern.

dbb europathemen: Was kann die EU tun, um Deutschland und Sachsen beim Thema Digitalisierung zu helfen?

Michael Kretschmer: Sachsen profitiert aktuell von einem sogenannten wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI) der EU im Bereich der Mikroelektronik. Wenn es darum geht, wie „die“ EU uns in Deutschland, in Sachsen helfen kann, dann mit der Forderung, die auch für andere Bereiche neben der Digitalisierung gilt: weniger komplexe Regularien und Förderrichtlinien. Die EU muss – genauso wie wir in Deutschland – schneller und agiler werden, um im Digitalbereich nicht komplett den Anschluss an die Technologiegiganten aus Asien und den USA zu verlieren. Oft hat man den Eindruck, dass diese die Regeln bestimmen: einfach weil sie die ersten und erfolgreichsten am Markt sind – und eben nicht europäische Firmen, die sich an strenge Datenschutzvorschriften halten.

Andererseits nehme ich – wie glaube ich viele Menschen in Deutschland und Europa – wahr, dass die Akzeptanz der Digitalriesen aus den USA langsam, aber sicher sinkt. Viele sind es leid, wie mit ihren Daten umgegangen wird. Hier sehe ich eine Chance für europäische Unternehmen und Deutschland als Standort. Wir können der digitale Raum sein, dem man vertrauen kann.

dbb europathemen: Gibt es auch für Landesbehörden Bedarf an mehr europäischer Zusammenarbeit?

Michael Kretschmer: Es gibt Dinge, für die sich bessere Lö-



> Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

sungen finden lassen, wenn man in Europa gemeinsam unterwegs ist. Manches eignet sich hierfür besonders gut. Das Thema Hochwasser ist beispielsweise ein sehr wichtiges Thema für uns in Sachsen, bei dem wir die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn immer weiter verfeinern. Daneben geht es auch um das Thema Sicherheit. Hier wird der Austausch zwischen den europäischen Behörden ständig verbessert.

In Sachsen arbeiten die Strafverfolgungsbehörden von Polizei und Justiz bereits jetzt eng mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Polen und Tschechien zusammen. Ein gutes Beispiel dafür sind die bereits bestehenden Gemeinsamen Zentren in Petrovice mit Tschechien und in Swiecko mit Polen. Daneben arbeiten auch die Gemeinsamen Fahndungsgruppen „Elbe“ (sächsische und tschechische Polizei) und „Neiße“ (sächsische und polnische Polizei) erfolgreich zusammen.

dbb europathemen: Welche Bedeutung messen Sie, besonders mit Blick auf die öffent-

liche Daseinsvorsorge, dem Subsidiaritätsprinzip bei?

Michael Kretschmer: Der Subsidiaritätsgrundsatz muss auf europäischer Ebene stärker gelebt werden. Nicht nur, um einen Mindestbestand staatlicher und regionaler Gestaltungsfreiräume zu erhalten. Es geht auch darum, die Handlungsfähigkeit der EU zu garantieren, die sich manchmal im Klein-Klein zu verlieren droht. Dieser Ansatz muss auch bei der Diskussion um die Zukunft Europas Gewicht bekommen.

Wir brauchen ein Europa der Regionen, das für die Bürger da ist. Ein Europa, in dem öffentliche Aufgaben möglichst bürgernah – etwa auf der Ebene der Kommunen oder der Länder – geregelt werden. Beispiel Trinkwasserversorgung: In Deutschland gibt es eine gewachsene und bewährte Struktur, was sowohl die nachhaltige Bewirtschaftung von Oberflächen- und Grundwasser als auch die Qualität der Trinkwasserversorgung angeht. Subsidiarität leben heißt für mich also auch, solche funktionierenden Strukturen

vor Eingriffen von „oben“ zu schützen. Kurzum: Die EU sollte sich sinnvollerweise nur um Dinge kümmern, die auf der Ebene der Mitgliedstaaten oder Regionen nicht vernünftig zu regeln sind und die sie besser regeln kann als einzelne Mitgliedstaaten.

dbb europathemen: Soll die EU für mehr sozialen Zusammenhalt sorgen? Wie lässt sich dies ohne Kompetenzüberschreitungen erreichen?

Michael Kretschmer: Sozialstaatlichkeit und Solidarität prägen insgesamt unsere europäischen Gesellschaften. Was vielfach nicht sofort ins Auge fällt, ist der Umfang unserer Sozialleistungen: Wir verfügen bereits heute über die weltweit am weitesten entwickelten Sozialsysteme.

Die EU kann nur flankierend tätig werden, zumal für Beschäftigungs- und Sozialpolitik die Mitgliedstaaten selbst zuständig sind. Die wirtschaftliche Situation der jeweiligen Mitgliedstaaten ist und bleibt damit das Kriterium für die Verwirklichung weiterer sozialer Leistungen oder gar einer Angleichung. Dies auch deshalb, weil die Neueinführung sozialer Standards die Wirtschaftsleistung einzelner Mitgliedstaaten überfordern könnte.

dbb europathemen: Die Europäische Kommission hat Anfang Mai ein neues langfristiges Budget für die EU vorgeschlagen. Was erwartet Sachsen in Bezug auf die europäischen Fördermittel?

Michael Kretschmer: Für uns ist wichtig, dass es auch weiterhin eine Förderung aller Regionen geben soll. Sachsen möchte seinen wirtschaftlichen Aufholprozess auch im kommenden Jahrzehnt mit Unterstützung der EU fortführen. Ein plötzlicher Abbruch der Mittel würde die Fortführung der positiven Entwicklung massiv schwächen und bereits Erreichtes gefähr-

den. Zugleich ist uns aber bewusst, dass das starke Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit bei uns in der Region einen Rückgang des künftigen Fördermittelvolumens nach sich ziehen wird. Unabhängig davon ist es erfreulich, dass die Kommission die Gelder für Innovation und Forschung nach ersten Aussagen deutlich steigern möchte. Davon wird auch Sachsen als innovativer Standort profitieren.

dbb europathemen: Sachsen grenzt an die EU-Nachbarn Polen und Tschechien. Wie gut funktioniert die interregionale Zusammenarbeit?

Michael Kretschmer: Die Beziehungen zu unseren Nachbarn sind für uns enorm wichtig. Beide Länder gehören zu Sachsens wichtigsten Handelspartnern. Es gibt unabhängig davon vielfältige Kontakte in Bildung, Wissenschaft und Kultur. Auch in den Bereichen Gesundheit und Soziales, Umweltschutz und Raumordnung, Tourismus und polizeiliche Zusammenarbeit arbeiten wir vertrauensvoll und eng zusammen. Was Tschechien angeht, pflegen wir besonders gute Kontakte mit den Regionen Liberec, Ústí nad Labem und Karlovy Vary. Prägend für die sächsisch-polnischen Beziehungen sind besonders die intensiven Regionalpartnerschaften mit den Wojewodschaften Niederschlesien und Lebusen Land. Eine wichtige Rolle spielen unsere „Botschaften“ in den beiden Ländern, die Verbindungsbüros in Prag und Breslau. Ganz wichtig sind zudem die Interreg-Fördermittel der EU, mit denen grenzüberschreitende Projekte gefördert werden.

dbb europathemen: Wirken sich die politischen Spannungen zwischen Brüssel und Warschau hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit Polens, aber auch die polnischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland auf die Zusammenarbeit aus?

Michael Kretschmer: Sachsen tritt gegenüber allen seinen ausländischen Partnern für die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ein. Mit unseren polnischen Partnern haben wir auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene hervorragende Beziehungen. Uns verbindet eine gemeinsame Geschichte, deshalb haben wir auch Verständnis, wenn unsere Nachbarn einen anderen Blick haben als Westeuropa.

dbb europathemen: Was zeichnet Sachsen als europäische Region, Investitionsstandort aus?

Michael Kretschmer: Schon im 18. Jahrhundert begann in Sachsen – mit dem Aufbau der ersten Maschinenbaubetriebe – das Industriezeitalter. Wir haben sozusagen die Industrie im Blut. Heute sind Unternehmen der verschiedensten Branchen hier zu Hause. Schwergewichte sind Automobilindustrie, Maschinen- und Anlagenbau sowie Mikroelektronik. Aber auch kleinere Branchen wie die Umwelt- und Energietechnik, Life Sciences oder Bahn-, Luft- und Raumfahrttechnik, unternehmensnahe Dienstleistungsbe- reiche wie die Logistik oder der Softwaresektor sind gut aufgestellt. Hinzu kommt, dass Sachsen in der Mitte Europas liegt und über eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur verfügt. Der Freistaat kann mit einem guten Schienennetz, einer überdurchschnittlichen Straßendichte und einem der größten europäischen Fracht-Drehkreuzen. Ein großes Plus ist die Innovationskraft. Basis hierfür ist eine außergewöhnlich hohe Dichte an außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Hinzu kommt eine hervorragende Hochschul- landschaft mit einer Exzellenz- universität in Dresden.

dbb europathemen: Welchen Stellenwert hat europapolitische Bildung in der sächsi-

schen Bildungspolitik und im außerschulischen, zivilgesellschaftlichen Bereich?

Michael Kretschmer: EU-Themen sind fester Bestandteil der Lehrpläne an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Sachsen. Regelmäßig gibt es zudem Diskussionsrunden. So beteiligt sich Sachsen auch am alljährlich bundesweit stattfindenden EU-Projekttag an Schulen. Insgesamt 35 Europaschulen tragen in besonderer Weise dazu bei, den europäischen Gedanken zu stärken. Darüber hinaus wirken drei „Europe Direct Information Center“ in Sachsen daran mit, die europapolitische Bildung im außerschulischen und zivilgesellschaftlichen Bereich zu unterstützen. ■

Das vollständige Interview finden Sie unter <http://bit.ly/2zQGLen> in der Juni-Ausgabe der „dbb europathemen!“ (PDF).

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt Sachsen: Beatrice Hala Sachsen-Anhalt: Silke Grothe Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © Pawel Sosnowski

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 21, gültig ab 1.10.2017

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

dbb m-v

Dialog mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung

Am 13. Juni 2018 hat sich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht in der Schweriner dbb Landesgeschäftsstelle mit Anja Radtke-Panse und Dr. Marc-Pierre Möll getroffen, zwei Vertretern des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband).

Gegenstand des Treffens waren zum einen die aktuellen Diskussionen in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern zur Krankheitsvorsorge von Beamtinnen und Beamten. Zum anderen wurden seitens des dbb auf aktuelle Fragen der Beamtenschaft zu ihrer Absicherung durch Beihilfe und Private Krankenversicherung – Verwaltungsvereinfachung und Beitragsentwicklung in der PKV – hingewiesen.

Die Gesprächspartner waren sich einig, dass das „Hambur-



> Dietmar Knecht, Anja Radtke-Panse und Dr. Marc-Pierre Möll (von links)

ger Modell“ der falsche Weg für die Gesundheitsfürsorge der Beamten ist. Auf Initiative der Bürgerschaft können die Hamburger Landesbeamten, die sich für eine Absicherung in der gesetzlichen Krankenversi-

cherung entscheiden, einen Arbeitgeberzuschuss erhalten. Der dbb m-v machte deutlich, dass dieses Modell unabhängig von den haushalterischen und rechtlichen Gefahren vor allem für die Beamten selbst Risiken

berge. So schaffe eine solche Initiative nicht mehr Wahlfreiheit, sondern beschränke sie vielmehr, da die Beamten eine einmal getroffene Wahl – anders als heute – nicht mehr revidieren könnten.

Für alle Neubeamten bestehe grundsätzlich die Möglichkeit, über die Öffnungsaktion der PKV Zugang zur privaten Krankenversicherung zu erhalten. Der dbb Landesvorsitzende unterstrich, dass die Beihilfe mit Besoldung und Versorgung zum Gesamtpaket der Alimantation der Beamten durch ihren Dienstherrn gehöre und sie die Konkurrenzfähigkeit mit der Wirtschaft um beruflichen Nachwuchs gewährleiste.

Am Ende des Dialogs wurde eine Fortsetzung der nunmehr begonnenen Gespräche vereinbart. ■

Bildung

Lehrkräfte: Ende der Sommerentlassungen gefordert

Für 171 Lehrerinnen und Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern laufen Ende Juli die befristeten Arbeitsverträge aus – obwohl bereits mehr als deutlich ist, dass Hunderte Lehrer zu Beginn des neuen Schuljahres fehlen werden.

„Auch wenn im Vergleich zu den Vorjahren die Zahl der Entlassungen deutlich gesunken ist: Wir können es uns nicht leisten, bereits für

den Landesdienst gewonnene Fachkräfte wegen solcher Befristungen wieder zu verlieren“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar

Knecht. „Die meist jungen Lehrkräfte kommen sich doch vor wie auf dem Rangierbahnhof.“

Solche Maßnahmen seien unsinnig, schadeten dem Interesse des Landes, der Schulen und insbesondere der betroffenen Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler. Der dbb m-v unterstütze das Ziel der Landesregierung, den

Lehrerberuf langfristig attraktiver zu machen. Dazu gehörten aber Befristungen nach dem Motto „In den Sommerferien brauchen wir euch nicht“ definitiv nicht. Knecht: „Was wir dagegen brauchen sind zukunftsfähige Lösungen, um auch für sicherlich notwendige Vertretungen vernünftige und motivierende Arbeitsbedingungen anbieten zu können.“ ■

Altenparlament

Lebensqualität im Alter sichern

Am 6. Juni 2018 hat im neuen Plenarsaal des Landtags Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloss bereits zum 10. Mal das Altenparlament getagt.

Ein Delegierter nahm bereits zum zehnten Mal und drei weitere Delegierte – darunter auch Horst Michaels als einer der beiden Delegierten der Landesseniorenvertretung des dbb m-v – zum neunten Mal an dieser Veranstaltung teil.

Altenparlamente tagen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1999 im Abstand von jeweils zwei Jahren. Seit 2010 ist dies im Seniorenmitwirkungsgesetz festgeschrieben. Im § 4 wird das Altenparlament als Forum der Mitwirkung der älteren Generation an Entscheidungsprozessen, die ihre Lebenssituation und ihr direktes Lebensumfeld betreffen, benannt.

In diesem Jahr berieten 71 Delegierte von 29 Vereinen, Verbänden und Seniorenorganisationen drei Leitanträge und eine Resolution, die sie anschließend einmütig verabschiedeten.

Drei Arbeitsgruppen hatten in den Monaten zuvor Entwürfe erarbeitet zu den Themen:

- > Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Entwicklung des ländlichen Raums
- > Gesundheit und Prävention in Mecklenburg-Vorpommern
- > Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig würdigte in ihrem Grußwort die gemeinsame Arbeit engagierter Bürgerinnen und Bürger, die etwas bewegen wollen, wenn es um die Belange der Älteren und insgesamt um ein gutes Zusammenleben in Mecklenburg-Vorpommern geht.

„Seniorinnen und Senioren sind stark bei uns.“

Landesseniorenbeirat, Altenparlament und viele andere Seniorenorganisationen seien unersetzliche Partner für Landtag und Landesregierung, wenn es darum gehe, auf die Belange der älteren Generation aufmerksam zu machen. Darauf könnten sie ebenso stolz sein wie auf die Tatsache, dass viele Vorschläge und Beschlüsse aus der Sitzung des 9. Altenparlaments direkt in



> Die Teilnehmer der Sitzung der dbb Landesseniorenvertretung sowie Jens Lange von der BBBank (links) und der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht (Mitte) vor der dbb Landesgeschäftsstelle in Schwerin.



> Der Vorsitzende der dbb Landesseniorenvertretung, Gerd Dümmel (links), und Horst Michaels waren Delegierte des dbb m-v beim 10. Altenparlament. Für Horst Michaels war es bereits die neunte Teilnahme.

die Koalitionsverhandlungen eingeflossen seien, betonte Schwesig.

Als Beispiele dafür nannte sie den Beschluss „Wohnen im Alter“. Auch der Leitantrag zur Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren zeige, wie aktuell die Themen seien, die das Altenparlament diskutiere. „Die Seniorinnen und Senioren sind stark bei uns. Ihre Arbeit ist ein wichtiger Baustein bei der Zukunftsgestaltung unseres Landes. Deshalb möchte ich Sie alle ermutigen, Ihre wichtige Arbeit weiterzuführen“, so die Ministerpräsidentin.

Um die Auswertung der Beschlüsse des 10. Altenparlaments ging es auch auf der Sitzung der dbb Landessenioren-

renvertretung, die am 20. Juni in der dbb Landesgeschäftsstelle stattfand. Insbesondere befassten sich die Seniorinnen und Senioren mit der Vorbereitung des 2. Bundesseniorenkongresses des dbb, der Ende Oktober in Berlin unter dem Motto „Ob jung, ob alt – Zusammenhalt!“ stattfinden wird. Beschlossen wurden folgende Anträge der dbb Landesseniorenvertretung Mecklenburg-Vorpommern:

- > Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
- > Gesundheit und Prävention
- > Medienkompetenz für Seniorinnen und Senioren
- > Neue Bundesländer von DDR-Sonderrenten entlasten
- > Schnellere Rentenangleichung als bis 2025

Ronny Kubat übernimmt Vorsitz

Betriebsrat bei der ASB Rettungsdienst gGmbH gewählt

Am 24. Mai 2018 fand die Betriebsratswahl in der ASB Rettungsdienst gGmbH statt.

Die Wahlkommission, bestehend aus der Vorsitzenden Barbara Runde sowie den Mitgliedern Andreas Seel und Enrico Gipp, stellte in der Rettungsdienst gGmbH 39 wahlberechtigte Mitarbeiter fest, zur Wahl standen sechs Kandidaten.

Die Wahl wurde mit einer Wahlbeteiligung von 78 Prozent abgeschlossen. Nach Auszählung aller Stimmzettel am 9. Juni 2018 wurden entsprechend der betrieblichen Größe drei Kandidaten und ein Ersatzkandidat ent-



© komba mv

> Ronny Kubat, Ramona Nettelbeck, Barbara Rund, Steffen Voß und Helge Affeldt (ehemaliger Betriebsrat, nicht wieder angetreten) (von links)

sprechend der Stimmenanzahl durch den Wahlvorstand ermittelt und informiert.

Mit der konstituierenden Sitzung am 12. Juni 2018 wurden folgende Betriebsratsmitglieder benannt: Vorsitzender ist

Ronny Kubat, Mitglieder sind Ramona Nettelbeck und Steffen Voß. Ersatzkandidat ist Heiko Seddig.

25 Jahre Landesfrauenrat

Schwesig lobt „Erfolgsgeschichte“

Die Frauenvertretung des dbb mecklenburg-vorpommern gehört zu den Gründungsmitgliedern des Landesfrauenrates, der am 15. Juni 2018 sein 25-jähriges Bestehen gefeiert hat.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig würdigte die Arbeit des Rates: „25 Jahre Landesfrauenrat – das ist eine Erfolgsgeschichte. Das ist eine Geschichte über großes Engagement für Chancengleichheit, für gleichwertige Lebensperspektiven für Frauen und Männer, für Mädchen und Jungen. Und das ist ein Grund zum Feiern. Herzlichen Glückwunsch allen, die sich engagieren und jeden Tag mit ihrer Arbeit zum

Erfolg des Landesfrauenrates beitragen.“ Auch die Vorsitzende der dbb Landesfrauenvertretung, Brigitte Schroeder, bedankte sich bei den Feierlichkeiten zum Jubiläum in Rostock bei den Beteiligten für „die vielen Impulse und das Zusammenwirken des Netzwerkes für Geschlechtergerechtigkeit“.

Im Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern sind insgesamt 47 Verbände und damit



> Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (mitte) mit der Vorsitzenden der dbb Landesfrauenvertretung, Brigitte Schroeder (links).

etwa 5 000 Frauen organisiert. Der Rat könne auf „viele erfolgreiche Aktionen, Veranstaltungen, Projekte und Erfolge gemeinsam mit der Landespolitik im Sinne der gleichstellungspolitischen Arbeit zurückblicken“, so Schroeder. Schwerpunkte der Arbeit seien dabei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Förderung von Frauen in Führungspositionen, Ehrenämtern und der Politik gewesen.

© dbb m-v

Auf Vorschlag des dbb m-v

Ehrenamtliche Richter berufen

Am 1. April 2018 hat die neue fünfjährige Amtsperiode der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in den Kammern und Senaten für Personalvertretungssachen des Bundes und des Landes beim Verwaltungsgericht Greifswald und beim Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern begonnen.

Wie immer hatte der dbb auch diesmal die Möglichkeit, Mitglieder vorzuschlagen, die durch ihren persönlichen Einsatz einen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der Rechtsprechung unseres Landes leisten möchten. Wir freuen uns, dass über die Hälfte der Vorschläge des dbb m-v Berücksichtigung fand, beglückwünschen die Kolleginnen und Kollegen zu ihrer Wahl und wünschen ihnen bei der Ausübung ihres vertrauensvollen Amtes viel Erfolg!

Kammer für Personalvertretungssachen des Landes beim Verwaltungsgericht Greifswald:

- > Thomas Krupp (komba)
- > Liane Schlingmann (DAAV)

Senat für Personalvertretungssachen des Landes beim Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern:

- > Jan Kittel (BSBD)
- > Kerstin Koch (komba)
- > Ingo Ahlgrimm (DSTG)
- > Marion Lehr (vbba)
- > Mathias Schuldt (DJG)
- > Dr. Elke Halm (DVG)

Dietmar Knecht Im Amt bestätigt



> Der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, wurde am 24. April 2018 einstimmig in seinem Amt als Vorsitzender der Grundsatzkommission für Europa des dbb auf Bundesebene bestätigt. „Es ist wichtig, dass der dbb sich für Europa einsetzt. Dazu gehört auch, sich für das für den öffentlichen Dienst in Deutschland prägende Beamtentum einzusetzen und es zu bewahren“, so Knecht. „Der dbb will ein föderales Europa, in dem zum Beispiel der öffentliche Dienst wesentlich für die staatliche Identität ist“, betonte der Chef des dbb m-v auch am 19. Juni 2018 vor dem dbb Bundeshauptvorstand. „Dass gleichzeitig mehr europäische Zusammenarbeit nötig ist, gerade auch für die staatlichen Behörden, liegt angesichts der Herausforderungen unserer Zeit auf der Hand.“

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes

dbb m-v für mehr Respekt

Am 23. Juni 2018 wurde der von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufene Tag des öffentlichen Dienstes gefeiert.

Den „Awareness Day“ führten die UN 2003 ein. Es ist der Tag, um all den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – egal ob Tarifbeschäftigter oder Beamter – dankbar dafür zu sein, dass sie versuchen, das Leben des Einzelnen täglich zu vereinfachen und damit das Zusammenleben aller besser zu ermöglichen. Der Tag des öffentlichen Dienstes soll außerdem junge Menschen über die Berufe im öffentlichen Sektor

informieren und dazu ermutigen, ihre Karriere dort zu starten.

„Die Arbeit, die der öffentliche Dienst leistet, ist ein wertvoller Beitrag zu unserer Gesellschaft“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

„Leider haben wir immer öfter gewaltsame Übergriffe auf Beschäftigte wie Jobcenter-Mitarbeiter, Zugbegleiter, Polizisten, Lehrkräfte, Sanitäter

oder Feuerwehrleute zu verzeichnen. Daher werde ich angesichts des Tages des öffentlichen Dienstes für mehr gegenseitigen Respekt.“ So hätten sich im vergangenen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern Angriffe auf Rettungsdienstmitarbeiter verdreifacht. Auch Angriffe auf Lehrpersonal hätten sprunghaft zugenommen.

Es dürfe keine Form der Tabuisierung dieser zunehmenden Gewalt geben, so Knecht. „Angegriffen oder bedroht zu werden gehört nicht zum Job. Auch nicht zu dem öffentlich

Beschäftigter. Daher spielt schon die Arbeitbereitschaft der Landesregierung aus Fürsorgegesichtspunkten eine besondere Rolle dabei. Eine Aufnahme in die Polizeiliche Kriminalstatistik, die leider vom Innenminister abgelehnt wird, wäre ein erster richtiger Schritt, um überhaupt eine Bestandsaufnahme zu gewährleisten. Alle öffentlich Bediensteten eint, dass sie den Staat und die ihm zugrunde liegende Gesetzgebung vertreten. Wenn sie während der Arbeit angegriffen werden, gilt der Angriff dem Staat“, so Knecht.

Treffen in der SBB-Geschäftsstelle

Braucht die Staatskanzlei Zugriff auf unsere Personaldaten?

Am 10. Juli 2018 trafen sich Vertreter des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen mit Daniela Dylakiewicz, Leiterin der Stabsstelle „Landesweite Organisationsplanung, Personalstrategie und Verwaltungsmodernisierung“ (SOPV) in der Sächsischen Staatskanzlei (SK). Dylakiewicz wurde von Steffen Lutzke, Referent in der SOPV, begleitet.

Geschäftsführung. Das Aufleben einer Personalkommission 2, die sich wieder aus den Abteilungsleitern 1 der Ressorts zusammensetzen könnte, sei durchaus vorstellbar.

Es war ein sehr aufschlussreiches Gespräch, weil damit viele Bedenken zerstreut werden konnten. Es ist demnach nicht beabsichtigt, Personalakten-daten zu verarbeiten, die Aufschlüsse auf einzelne, konkret bestimmbar Bedienstete zu lassen. Benötigt werden vor allem Statistiken zum Personalbestand für die Erstellung von Analysen und Prognosen, die regelmäßig die Grundlage für Kabinettsentscheidungen darstellen sollen. Und sachgerechte Entscheidungen im Kabinett sollten allemal im Interesse der Bediensteten des Freistaates sein.



© Heide

> Die Teilnehmer der Gesprächsrunde im SBB

Zustande gekommen war das Treffen auf der Grundlage eines Angebots des Amtschefs der SK, Thomas Popp. Dieser hatte dem SBB angeboten, insbesondere die Frage zu diskutieren, ob es notwendig, zulässig und angebracht sei, künftig der SK Personalaktendaten ohne Einwilligung der Betroffenen zu übermitteln und dort zu verarbeiten (vgl. Referentenentwurf zum „Gesetz zur Umsetzung des Handlungsprogramms der Sächsischen Staatsregierung zur nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen“). Diese Absicht hatte in den vergangenen Wochen zu Unsicherheiten bei Gewerkschaften, Personalräten und einzelnen Bediensteten geführt. Keiner konnte wissen, was in der SK mit seinen Personalaktendaten geschieht.

der Personalkommission, die im Jahr 2015 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Dieser war die Grundlage für strategische Entscheidungen, weil erstmalig ein analytischer Vergleich zwischen Aufgaben und Personalbestand im Freistaat vorgelegt worden war. Die Fortführung dieser Arbeit ist nun die Hauptaufgabe der SOPV.

Personalaktendaten erforderlich für Analyse

Ohne Personalaktendaten aus allen Ressorts ist das aber nicht zu leisten. Der SK, so Dylakiewicz, sei bewusst, dass es sich mit diesem Ansinnen um einen Eingriff in die Grundrechte der Bediensteten handeln könnte, wofür eine rechtliche Grundlage in Ergänzung des Datenschutz- und Beamtenrechts erforderlich sei. Die SK habe sich dazu ausführlich mit dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten Andreas Schurig abgestimmt. Dieser habe viele Hinweise gegeben, die nun in einem separaten Gesetz umgesetzt werden sollen.

Interessant war die Feststellung von Dylakiewicz, dass die SOPV nicht der Nachfolger der Personalkommission sei. Sie sei eher der Nachfolger für deren

Frauenpolitische Fachtagung



© SBB Frauen

> Sabine Marz, Tanja Teich und Margit Liebsch von der SBB Frauenvertretung (von links)

Die diesjährige Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung analysierte am 14. Juni 2018 unter dem Motto „Frauen 4.0: Ab durch die gläserne Deckel!“ die Idee einer diskriminierungsfreien, zukunftsfähigen Verwaltungsstruktur in der Praxis. Zahlreiche Vertreterinnen der sächsischen Fachgewerkschaften informierten sich neben dem Vorstand der SBB Frauen vor Ort. Über das große Interesse freuen wir uns und werden weiterhin an einer Umsetzung in Sachsen arbeiten. Nähere Infos zur Veranstaltung finden Sie unter www.dbb.de/der-dbb/frauen.

SBB Frauen

Deine Netzstrumpfhose kann reißen, aber dein starkes Netzwerk nicht

Fast jede und jeder tut es. Auf Tagungen, Hauptversammlungen, beim Sport oder im Café nebenan. Manche nennen es „Vitamin B“. Andere halten sich zurück und wollen lieber alles alleine schaffen. Was ist nun der gute Weg zum Erfolg in Berufsverbänden oder Gewerkschaften?



Zu diesem Thema trafen sich Anfang Juni verschiedene Teilnehmerinnen aus unterschiedlichen Gewerkschaften und Verbänden in der dbb akademie in Königswinter.

Zu Beginn standen einige Fragen im Raum: Wie baue ich nachhaltig eine Frauenvertretung auf? Wie aktiviere ich Mitglieder? Wie kann ich andere von Gewerkschaftsarbeit

begeistern? Wie plane ich Veranstaltungen? Wie pflege ich Netzwerkstrukturen? Schon während der ersten Stunde stand für alle Frauen fest: Netzwerkerinnen sind definitiv erfolgreicher.

Aber auf was genau muss ich denn achten? Eigentlich ist das doch ganz leicht, denn Frauen reden doch immer viel. Bekannte Frauennetzwerke sind zum Beispiel die dbb bundesfrauenvertretung (Vorsitzende: Helene Wildfeuer), die Business Professional Woman (die den Equal Pay Day initiierten) oder der Deutsche Juristinnenbund (Präsidentin: Prof. Dr. Maria Wersig).

Nach der kritischen Bestandsaufnahme des eigenen persönlichen Netzwerkprofils stellten viele Teilnehmerinnen des Seminars fest, dass sie bereits wichtige Netzwerke besitzen. Viele Best-Practice-Beispiele zeigten aber auch, welche ei-

genen Herausforderungen jede in ihrem Bereich hat.

Das Seminar ermöglichte, über den Tellerrand zu schauen. Jede Teilnehmerin füllte sich ihre eigene Toolbox für Netzwerkgespräche. Sie profitierten von vielen guten Erfahrungen und reflektierten ihre bisherige Arbeit. So entstanden neue Pläne, neue Vorhaben und ganz nebenbei weitere Netzwerke für die nächsten Netzwerkmaschen.

Die wichtigste Erkenntnis nach diesem gewinnbringenden Seminar: Es ist nicht die Masse der Kontakte, sondern deren Qualität entscheidend. Diese Kontakte zu pflegen, benötigt Zeit. Manchmal kann man dies auch bei einem gemeinsamen Kaffee oder Seminar tun. Wichtig ist, dass das Netzwerken keine Einbahnstraße wird. Jede sollte profitieren.

Tina Jentsch, LVBS

Grünen-Fraktion legen Gleichstellungsgesetz vor

SBB Frauen als Sachverständige im Parlament

Die beruflichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren, insbesondere durch die Digitalisierung, verändert. Es existieren viel mehr Möglichkeiten, die Sorgearbeit mit dem Berufsalltag zu vereinbaren. „Es wird Zeit, dass wir diese Möglichkeiten der Vereinbarkeit nutzen“, so die Vorsitzende der SBB Frauen, Tanja Teich. „Frauen möchten beides, Familie und Karriere.“

Die konkrete Ausgestaltung durch einzelne Maßnahmen sei abhängig von den örtlichen Rahmenbedingungen

und den handelnden Personen. Solche Details könne ein Gesetz nicht regeln. Es lege jedoch den Grundstein dafür.

„Dafür brauchen wir ein zeitgemäßes und starkes Gleichstellungsgesetz“, forderte Teich.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erarbeitete dazu einen Entwurf und legte ihn dem Sächsischen Landtag vor (Drs. 6/12511). Am 11. Juni 2018 erfolgte im Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration des Sächsischen Landtages die Anhörung. Die SBB Frauen waren zusammen mit dem Deutschen Juristinnenbund und dem Genderkompetenzzentrum Sachsen als Sachverständige präsent und beantworteten die Fragen der Abgeordneten.

Die Leistungen der Frauenbeauftragten seien oftmals nicht genau messbar, jedoch seien sie wichtige Vertrauenspersonen und das Amt ein notwendi-

ger Baustein in einer gut funktionierenden Behörde, so Teich. „Denn sie sind für die Bediensteten da, hören deren Belange an, ermutigen und unterstützen bei einer Lösungsfindung.“ Sie bräuchten darüber hinaus

Zeit, zum Beispiel für die Vor- und Nachbereitung von Terminen, für die Einarbeitung in fachliche Themen und für Beratungen. Ihnen den zeitlichen Rahmen für eine gute Arbeit und ihr Engagement zu geben,

müsse selbstverständlich sein. „Es ist eine Form der Wertschätzung und Anerkennung ihrer Arbeit und ihres Engagements“, so Teich. Es dürfe nicht sein, dass die Beauftragten erst um eine Anerkennung ihrer

Leistungen und einen entsprechenden Zeitrahmen kämpfen müssten. Hier habe das Parlament eine Möglichkeit durch Gesetz den Rahmen für die Praxis vorzugeben und damit die Beauftragten zu stärken. ■

SBB Senioren

„Alter und Beschränkungen im Alter sind längst kein Tabu mehr“

So begann Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seine Eröffnungsrede zum 12. Deutschen Seniorentag. Vom 28. bis 30. Mai 2018 fand dieser in den Westfallenhallen in Dortmund statt und die SBB Seniorenvorsitzende Rita Müller war mit dabei.

Unter dem Motto „Brücken bauen“ äußerten sich Politiker und Personen des öffentlichen Lebens zum Thema. Steinmeier: „Der Brückenbau gehört übrigens zu den anspruchsvollsten Ingenieursleistungen. Beim Brückenbau gibt es keine halben Sachen: Entweder eine Brücke hält oder sie hält nicht. Fürs Brückenbauen braucht man also ganz sicher guten Willen – aber noch mehr Können. Ich bin mir sicher, dass die vielen Tausend Haupt- und Ehrenamtlichen, die vielen Engagierten in den Organisationen der BAGSO dieses Können besitzen. Ich bin überzeugt da-

von, dass unser Land in der Arbeit für und mit Senioren auf Sie bauen kann. Und ich will Ihnen allen heute meinen Respekt und meine große Anerkennung aussprechen. Haben Sie großen Dank für das, was Sie tun. Herzlichen Dank im Namen übrigens von Jung und Alt in Deutschland.“

Rita Müller sagte: „Es war eine gelungene Veranstaltung. Nun ist eindeutig klar: Das Thema ist in der Gesellschaft und in der Politik angekommen. Hoffen wir, dass die angesprochenen Vorhaben seitens der Politik rasch umgesetzt werden.



> Rita Müller (Mitte) auf dem 12. Deutschen Seniorentag im Gespräch

Ziel des 12. Seniorentages war es unter anderem, Menschen jeden Alters zu ermutigen, auf andere zuzugehen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Austausch, Kommunikation und Vernetzung standen auf der Tagesordnung. Ideal für die eigenen Vorbereitungen: Die SBB Senioren und die SBB Ju-

gend werden sich mit dem Thema „Demografischer Wandel in der öffentlichen Verwaltung – Herausforderung für Jung und Alt!“ am 24. Oktober 2018 in einer Podiumsdiskussion im Sächsischen Landtag befassen. Mehr dazu in den nächsten Monaten unter www.sbb.de. ■

Dresden

BTB Sachsen: Treffen der Vertrauensleute

Am 13. Juni 2018 hat das diesjährige Treffen der Vertrauensleute der Gewerkschaft „BTB – Gewerkschaft Naturwissenschaften und Technik im öffentlichen Dienst“ in der Liegenschaft des Technischen Hilfswerks (THW) Dresden stattgefunden.

Begrüßt wurden die Vertrauensleute aus ganz Sachsen

durch den BTB-Landesvorsitzenden Steffen Hornig und den

„Hausherrn“ Klaus Dünzkofer, Leiter der THW-Ortsgruppe Dresden.

Zunächst erläuterte der stellvertretende Vorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen und Vorsitzende der SBB Tarifkommission, Steffen Winkler, den Tarifab-

schluss mit Bund und Kommunen (TVöD/VKA). Die unter das Tarifrecht des TV-L (Länder) fallenden Anwesenden wurden aufgefordert, ihre Vorstellungen und Erwartungen für die entsprechenden Tarifverhandlungen im Jahr 2019 zeitnah darzulegen.



© BTB Sachsen

> Der stellvertretende Landesvorsitzende des SBB und Vorsitzender der Grundsatzkommission Tarifrecht, Steffen Winkler (links), und der Vorsitzende des BTB Sachsen, Steffen Hornig, beim Treffen der Vertrauensleute.

André Ficker, stellvertretender Vorsitzender des BTB Sachsen wie auch des SBB, erläuterte im Anschluss den Stand der Novellierung des Dienstrechtneuordnungsgesetzes. Ein weiteres, ganz aktuelles Thema stand anschließend im Mittelpunkt: die EU-Datenschutz-Grundverordnung. Mit einem Blick auf den für den 9. Mai 2020 geplanten 7. Gewerk-

schaftstag des BTB Sachsen endete der offizielle Teil des Treffens.

„Ein herzlicher Dank an unsere Kollegen Klaus Dünzkofer und den Kameraden des THW-Ortsverbandes Dresden, die es uns auch in diesem Jahr ermöglichten, unser Treffen ebenda durchzuführen“, so BTB-Landeschef Hornig. ■

Aus den Mitgliedsgewerkschaften:

DVG: Besuch im Sächsischen Landtag

Am 4. Mai und am 22. Juni 2018 folgten 30 Mitglieder der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) in Sachsen der Einladung ihres Landesvorstandes in den Sächsischen Landtag. Bei einer Führung durch das Landtagsgebäude erhielten sie interessante Einblicke in die Geschichte, die Arbeit und die Architektur des Hauses.

In einem Gespräch mit dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Albrecht Pallas, konnten die Gewerkschaftsmitglieder viele aktuelle Themen erörtern. Dazu gehörten beispielsweise

- > der demografische Wandel und dessen Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst,
- > der Fachkräftemangel, die Nachwuchskräftegewinnung und der Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung,



© DVG Sachsen

> Die DVG-Delegation im Sächsischen Landtag

- > die Ausbildungsoffensive des Freistaates,
- > die Innere Sicherheit,
- > der Lehrermangel.

Bei einer konkreten Frage sagte Pallas zu, das Problem an die zuständigen Abgeordneten seiner Fraktion weiterzuleiten: Warum gibt das Sächsische

Kindertagesstättengesetz dem Betrieb von Kindereinrichtungen durch freie Träger den Vorzug (§ 9 Abs. 2), was immer wieder in den Kommunen zu Privatisierungsüberlegungen und zu Unsicherheiten des Personals führt? Auf die Antwort sind nicht nur die DVG-Mitglieder gespannt. ■

DVG: Sitzung der Bundesjugendleitung

Am 28. und 29. Juni 2018 hat die Sitzung der Bundesjugendleitung (BJL) der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) im sächsischen Meißen stattgefunden.

Der stellvertretende DVG-Bundesvorsitzende und Chef des DVG-Landesverbandes Sachsen, Jürgen Kretzschmar, nahm als Gast an der Sitzung teil.

Als externen Referenten konnte die BJL den Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Meißen, Frank Nolden, gewinnen. Dieser nahm sich viel Zeit für die DVG, um sich über Themen wie den demografischen Wandel, die Nachwuchsgewinnung, Karriereperspektiven oder die Anforderungen der Digitalisierung an Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst auszutauschen.

Die Junggewerkschafter der DVG konnten dabei einige The-



© DVG Sachsen

> Prof. Dr. Frank Nolden, Rektor; Janna Gall, stellvertretende Bundesjugendleiterin; Joachim Weschbach, Bundesjugendleiter; Jürgen Kretzschmar, stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der DVG Sachsen (von links)

men identifizieren, bei denen sie Handlungsbedarf sehen: unter anderem die Vereinheitlichung und Anhebung von Ausbildungsgehältern, unbefristete Übernahmen nach dem Studium und die Anpassung der Studieninhalte zur Digitalisierung.

„Wir danken Prof. Dr. Nolden für das interessante und konstruktive Gespräch und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit, die wir vereinbart haben“, hieß es im Anschluss von der BJL. ■

Kritik vom dbb sachsen-anhalt

Landesregierung beschließt Beförderungskonzept 2018

Die Landesregierung hat im Juni das von Finanzminister André Schröder vorgelegte Beförderungskonzept 2018 beschlossen. Demnach können ab sofort Beförderungen oder Höhergruppierungen in den Geschäftsbereichen der Ministerien umgesetzt werden. Viel Kritik gab es daran, dass Polizei- und Lehrkräfte bevorzugt befördert werden sollen.

Bei einer Demonstration von Polizistinnen und Polizisten vor der Staatskanzlei am 26. Juni 2018 hatte Ministerpräsident Reiner Haseloff zu den Demonstranten gesagt, dass Beförderungen von Polizei- und Lehrkräften derzeit absolute Priorität hätten.

Diese Äußerung ist bei den Beamtinnen und Beamten anderer Ressorts der Landesverwaltung auf Empörung gestoßen. Sie lehnen eine Differenzierung zwischen Beamten erster und zweiter Klasse strikt ab und einen Beförderungsstau gäbe es auch in allen anderen Ressorts der Landesverwaltung. **So hätten in der größten Behörde von Sachsen-Anhalt, dem Landesverwaltungsamt, bereits im vergangenen Jahr keine Beförderungen vorgenommen werden**, weil Polizisten und Lehrer schon 2017 bevorzugt befördert wurden.

Nach Auffassung von Wolfgang Stock, dem Ersten stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG), sei dies auch in diesem Jahr zu befürchten: „Jede fünfte Beamtin und Beamte im Landesverwaltungsamt wartet auf eine wohlverdiente Beförderung. Der durch die bisher-

gen Landesregierungen verursachte Beförderungsstau bei Polizisten und Lehrern soll nunmehr durch neu geschaffene Beförderungsstaus bei den anderen Beamtinnen und Beamten gemildert werden. Das ist nicht hinnehmbar.“

Schon im Vorfeld der Diskussion zum Beförderungskonzept 2018 hatte sich die Deutsche Steuer-

hier fehlt ein Wort oder anders formulieren?

Gewerkschaft (DSTG) mit einem Schreiben an den Finanzausschuss des Landtages gewandt und auf den Beförderungsstau in der Finanzverwaltung hingewiesen.

Ursprünglich waren für 2018 Beförderungsmittel in Höhe von fünf Millionen Euro geplant. Auf Vorschlag von Finanzminister André Schröder einigte sich die

Landesregierung auf 5,7 Millionen

Euro, also 700 000 Euro mehr.

Iris Herfurth, stellvertretende dbb Landesvorsitzende und DSTG-Vorsitzende, begrüßte diesen Schritt: „In Bezug auf die gedämpfte Ausgangslage zum Beförderungskonzept begrüßen wir das Ergebnis der Gespräche zum Beförderungskonzept.“ Zudem befürwortete sie, dass das Beförderungsbudget im Bedarfsfall auch ins Jahr 2019 übertragen werden könne.

Finanzminister Schröder äußerte sich sehr zufrieden: „Ich freue mich für die Bediensteten des Landes, dass nach Wochen intensiven Diskutierens das Beförderungskonzept 2018 nun beschlossen werden konnte. Mir ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel bei der Polizei, der Lehrerschaft oder auch in der Finanzverwaltung wie auch an anderer Stelle im Landesdienst von der Entwicklung unseres Bundeslandes profitieren und das bekommen, was ihnen zusteht“, so Schröder. ■

> Die Verteilung der Beförderungsmittel 2018

Den größten Anteil erhält – wie auch in den Vorjahren – das Innenministerium mit dem großen Bereich des Polizeivollzugs (2 359 500 Euro). Es folgen Justiz (979 900 Euro), Finanzen (907 400 Euro), Bildung (735 200 Euro), Umwelt, Landwirtschaft und Energie (270 800 Euro), Landesentwicklung und Verkehr (219 400 Euro), Arbeit, Soziales und Integration (144 300 Euro) sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (106 900 Euro).

Verlängerung der Beschäftigung von Wachpolizisten wird diskutiert

Polizei: Freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Erst im Mai hat der Landtag von Sachsen-Anhalt die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch für Polizeivollzugsbeamte beschlossen. Ihre Lebensarbeitszeit wird schrittweise auf 62 Jahre angehoben. Obwohl viele Beamte durch die Anrechnung von Schicht- und Wechselschichtdienstzeiten de facto weiter mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den wohlverdienten Ruhestand gehen können, soll es auch solche geben, die das gar nicht wollen. Sie wollen freiwillig länger arbeiten.

Die Motive, über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten, sind vielfältig: Die Einen fühlen sich geistig und körperlich noch fit für den Job, die anderen sind auf das Geld angewiesen, weil sie zum Beispiel noch einen Hauskredit abzahlen müssen.

Ein Beamter kann nach geltendem Recht zwar jetzt schon bis zu drei Jahre über die Altersgrenze hinaus arbeiten, aber nur, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. Soweit die Theorie. „Gängige Praxis war und ist aber, dass Anträge von Polizisten aus haushälterischen Gründen regelmäßig abgelehnt werden –

und das obwohl CDU, SPD und Grüne im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, an der Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte über den 31. Dezember 2016 hinaus festzuhalten“, kritisierte Wolfgang Ladebeck, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Jetzt könne aber Bewegung in die Sache kommen: In den Verhandlungen über den Haushalt 2019 zwischen dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Finanzministerium zeichne sich ab, dass die für eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibe-

amte notwendigen Haushaltsmittel eingestellt werden sollen. Innenminister Holger Stahlknecht habe einen entsprechenden Erlass angekündigt. Für die DPoIG ginge damit eine Forderung in Erfüllung.

Bewegung komme auch in die Verlängerung der Beschäftigung von Wachpolizisten. Um eine Entfristung hinzubekommen, müsse im Landtag das Wachpolizeigesetz geändert werden. Die Aussichten dafür seien „gar nicht mal so schlecht“, so Ladebeck. SPD-Innenpolitiker Rüdiger Erben könne sich vorstellen, den Einsatz der Wachpolizisten zu ver-



© kamasigns / fotolia

längern – allerdings nur vorübergehend. Er wolle „dauerhaft keine Billigpolizei“. Auch die Grünen zeigen sich gesprächsbereit. Sie seien bemüht, eine Lösung zu finden.

In der Opposition gibt es unterschiedliche Reaktionen: Hagen Kohl (AfD) spricht sich klar dafür aus, die Wachpolizisten länger zu beschäftigen. Henriette Quade (Die Linke) äußerte sich hingegen sehr skeptisch. Mit einer Verlängerung seien die strukturellen Probleme bei der Landespolizei nicht zu lösen. ■

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Lehrerstreiks

Ladebeck: Gute Bildung braucht verbeamtete Lehrer

Wolfgang Ladebeck, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Streikverbot für Beamte (Az. 2BvR 1738/12 und andere) begrüßt.

Das Gericht in Karlsruhe hatte geurteilt, dass das Streikverbot für Beamte einen eigenständigen hergebrachten Grundsatz

des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 im Grundgesetz darstelle und vom Gesetzgeber zu beachten sei.

Das Streikverbot stehe auch mit dem Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes im Einklang

und sei insbesondere mit den Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar. Mit dieser Begründung wies das höchste deutsche Gericht die Verfassungsbeschwerden von vier verbeamteten Lehrern zurück.

„Das Urteil der Verfassungsrichter ist eindeutig und rich-

tig. Gute Bildung braucht verbeamtete Lehrer. Dort, wo Chancen gegeben und genommen werden, sollte Neutralität herrschen. Neutralität und Gerechtigkeit bei der Ausübung des Lehrberufs werden gerade durch den Beamtenstatus gesichert. Das Urteil stärkt unserer Landesregierung den Rücken, Lehr-

kräfte in Sachsen-Anhalt weiter zu verbeamten“, sagte Ladebeck.

Der dbb sachsen-anhalt habe immer gesagt, dass es keine Beamten erster Klasse (mit hoheitlichen Aufgaben und ohne Streikrecht) und zweiter Klasse (ohne hoheitliche Aufgaben und mit Streikrecht) ge-

ben darf. Entscheidend sei der Beamtenstatus mit seinem austarierten Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten. Dazu gehöre, dass Beamte eben nicht streiken dürfen. Ladebeck mahnte aber, dass die Dienstherren ihrer Fürsorgepflicht für die Beamten wieder mehr Beachtung schenken müssten. ■

Betriebsratswahlen

Große Erfolge für GDL und DPVKOM

Von März bis Mai 2018 fanden die regelmäßigen Betriebsratswahlen in Sachsen-Anhalt statt. Interessenvertretung der Arbeitnehmer, Mitbestimmungsorgan und Beteiligter an oft weitreichenden Unternehmensentscheidungen – in der Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nimmt der Betriebsrat eine Schlüsselstellung ein.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Bezirk Mitteldeutschland konnte bei den Betriebsratswahlen bei Transdev Sachsen-Anhalt (HEX) alle abgegebenen, gültigen Stimmen auf sich vereinigen und wird zu 100 Prozent das neue Gremium stellen. Sieben von sieben Betriebsräten aus Reihen der GDL heißt: alles gewonnen!

Ebenso ein Riesenerfolg war das Wahlergebnis in der Briefniederlassung Magdeburg. Dort stellt die Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM – die Fachgewerkschaft für die Beschäftigten der Post, Postbank, Telekom und Call-Center – ab sofort den Betriebsratsvorsitz.

Das dbb regionalmagazin hat mit zwei wiedergewählten Betriebsratsmitgliedern gesprochen:

- > Peter Düsterhöft (GDL), seit 1994 Betriebsrat im DB Regio AG, Wahlbetrieb Magdeburg
- > Andreas Kögler (DPVKOM), seit 2006 Betriebsrat im Briefzentrum der Deutschen Post in Osterweddingen (Landkreis

Börde) und jetzt auch Betriebsratsvorsitzender.

dbb regionalmagazin: Warum setzen sie sich seit Jahren für die Interessen der Beschäftigten ein und wie machen Sie im Betrieb auf sich aufmerksam?

Düsterhöft: Die Arbeitnehmer brauchen eine starke Interessenvertretung vor Ort. Wichtig für unsere Kollegen ist ein ständiger Kontakt mit dem Betriebsrat. Bei uns im Wahlbetrieb Magdeburg ist dies recht aufwendig, da wir flächenmäßig sehr groß sind: Von der Altmark bis zum Burgenland. Durch Ausgänge, regelmäßige Besuche in den Einsatzstellen und Teilbetriebsversammlungen werden die Kollegen aktuell informiert. Auch denken wir darüber nach, einen Onlineauftritt zu gestalten, sodass Informationen noch schneller zu den Beschäftigten gelangen.

Kögler: Ich vertrete als Betriebsrat die Interessen der Beschäftigten, weil sie es wert sind. Es ist wichtig, dass ihnen jemand bei Problemen am Arbeitsplatz



> Peter Düsterhöft, Betriebsrat im DB Regio AG, Wahlbetrieb Magdeburg

oder mit dem Arbeitgeber hilft und an ihrer Seite steht. Das Motto „#FuerDichDa“ der DPVKOM zu den Betriebsratswahlen drückt genau das aus, um was es uns geht: Da zu sein, wenn Kolleginnen und Kollegen Hilfe, Rat und Tat brauchen. Das Wichtigste ist, dass man in den Betrieben und vor Ort ständig präsent und ansprechbar ist. Die Betriebsräte der DPVKOM nehmen sich den Problemen der Beschäftigten an und scheuen keinen Konflikt mit dem Arbeitgeber. Auch das verschafft Aufmerksamkeit.

dbb regionalmagazin: Es gibt immer noch Kolleginnen und Kollegen, die wenig bis gar nichts über Art und Umfang der betriebsrätlichen Aufgaben und Pflichten wissen. Stattdessen haben sie noch die üblichen Vorurteile: „Ihr macht das ja nur wegen des Kündigungsschutzes“, „Ihr trinkt doch eh nur Kaffee und palavert, ohne dass sich was ändert“. Wie sieht es in ihrem Bereich aus? Sind sich die Beschäftigten darüber bewusst, wie wichtig die Betriebsräte sind?

Düsterhöft: Ich bin mir ganz sicher, dass unsere Kollegen wissen, wie wichtig ein Betriebsrat ist. Allein der Arbeitszeitausschuss hat bei uns alle Hände voll zu tun. Die ständigen Änderungen der Dienstschichten nehmen einen Großteil der Betriebsratszeit in Anspruch. Ferner achten wir auf Einhaltung der Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen. Besonders wichtig sind bei unseren Kollegen die sozialen Aspekte wie Pausen- und Sozialräume, Einhaltung des Arbeitsschutzes sowie Gefährdungsbeurteilungen.

Kögler:

Ja, das sind sie. Die Mitarbeiter wissen, wie wichtig die Unterstützung der Betriebsräte bei Personalgesprächen, der Prüfung von Dienstplänen oder auch der Erstellung von Betriebsvereinbarungen ist, mit denen die Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Genauso wichtig ist es aber für Betriebsräte, ihre Arbeit offen und transparent darzustellen und ehrlich gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzutreten. Das schafft Vertrauen und beseitigt eventuell bestehende Vorurteile.

dbb regionalmagazin:

Mit welchen Problemen haben die Beschäftigten vor Ort zu kämpfen und was haben sie schon in den zurückliegenden Jahren für die Beschäftigten erreichen können?

Düsterhöft:

Durch die vielen Baumaßnahmen bei der Deutschen Bahn ändern sich laufend die Schicht- und Einsatzpläne. In dem Moment, wo die Kollegen die Pläne erhielten, galten sie schon nicht mehr. Nach sehr langen Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber ist es gelungen, dass die Mitarbeiter einen Jahresplan bekommen. Somit ist es erstmals möglich, dass die Mitarbeiter längerfristig ihre Freizeit planen können. Ferner haben wir erreicht, dass kein Mitarbeiter gegen seinen Willen seinen Arbeitsort wechseln musste.

Kögler:

Aus meiner Sicht haben wir vor Ort vor allem mit der zunehmenden Arbeitsbelastung der Beschäftigten und den zahlreichen Befristungen zu kämpfen. Viele Mitarbeiter bekommen einen befristeten Arbeitsvertrag nach dem anderen und haben somit keine verlässliche Zukunftsperspektive im Unternehmen, was natürlich psychisch die Kolleginnen und Kollegen belastet. Den Zustellern macht das immer weiter wach-

sende Paketaufkommen zu schaffen. Viele können das tägliche Arbeitspensum kaum noch bewältigen und gehen auf dem Zahnfleisch. Der hohe Krankenstand im Unternehmen kommt nicht von ungefähr. Die Beschäftigten werden aufgrund der physischen und auch psychischen Arbeitsbelastung krank.



> Andreas Kögler, Betriebsratsvorsitzender im Briefzentrum der Deutschen Post in Osterweddingen (Landkreis Börde)

Wir haben uns in den zurückliegenden Jahren immer wieder erfolgreich für Festeinstellungen von Beschäftigten eingesetzt, damit diese eine berufliche Perspektive und Planungssicherheit haben. Hier werden wir auch nicht locker lassen. Darüber konnten wir vielen Kolleginnen und Kollegen bei Problemen am Arbeitsplatz helfen.

dbb regionalmagazin:

Der Begriff Digitalisierung ist in aller Munde. Sie betrifft uns alle und stellt völlig neue Herausforderungen an die Beschäftigten. Hieraus können gute Chancen zur individuellen Auslastung der Zeiten für Beruf, Familie und Hobbys erwachsen, aber auch Risiken für die Gesundheit durch ständige Erreichbarkeit entstehen. Sehen Sie eher die Chancen oder die Risiken überwiegen?

Düsterhöft:

Wir als Betriebsrat stellen uns nicht gegen Digitalisierung,

sondern begleiten den technischen Fortschritt. Wir achten darauf, dass die tägliche Arbeit der Mitarbeiter nicht in die Freizeit verlagert wird. In vielen Gesprächen mit unseren Kollegen weisen wir immer wieder darauf hin, wie wichtig es ist, Arbeit und Freizeit zu trennen.

Leider ist es zur Gewohnheit geworden, dass jeder Mitarbeiter zu jeder Zeit auf seinem Betriebshandy erreichbar sein muss. Da gilt es, die Mitarbeiter zu schützen.

Kögler:

Aus meiner Sicht überwiegen die Risiken, sowohl für die Beschäftigten als auch für die betrieblichen Interessenvertreter. Ohne einen besseren Schutz der Beschäftigtendaten und ohne angemessene Arbeitszeitregelungen befürchte ich, dass die Entgrenzung von Arbeit und Privatleben voranschreiten wird. Das kann nicht im Interesse der Beschäftigten sein. Und wir Betriebsräte brauchen wirksamere Mitbestimmungsrechte, um die Arbeitswelt sozial gestalten zu können.

dbb regionalmagazin:

Werden die Beschäftigten in ihrem Bereich bei der digitalen Gestaltung eingebunden? Und wenn ja: Wie und was ist hier aktuell die größte Herausforderung?

Düsterhöft:

Bei der Einführung von neuen technischen Geräten, mit denen die Beschäftigten täglich umgehen müssen, hat es der Arbeitgeber leider versäumt, ein Feedback der Beschäftigten einzuholen. Bisher größte Herausforderung war und ist die Einführung eines Tablets. Eigentlich dürfte dies kein Problem darstellen, aber für den Arbeitgeber war es ein Problem. Wir haben sieben Einigungsstellen in fast einem Jahr benötigt. Einigungsstellen werden angerufen, wenn Meinungsverschiedenheiten

zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber bestehen. In den sieben Problemfällen ging es um die Anrechnung von Arbeitszeiten, denn bestimmte Tätigkeiten sollten in die Freizeit der Mitarbeiter verlagert werden.

Kögler:

Der erste Teil der Frage lässt sich mit einem Wort beantworten: Nein!

Eine der größten Herausforderung liegt aus meiner Sicht darin, dass die Mitarbeiter aufgrund der Digitalisierung der Arbeitswelt komplett gläsern werden. In Zukunft wird es noch leichter werden, jeden einzelnen Arbeitsschritt der Beschäftigten in Echtzeit zu überwachen.

dbb regionalmagazin:

Wofür wollen Sie sich in den kommenden Jahren insbesondere einsetzen?

Düsterhöft:

Mit dem Verlust eines Streckennetzes werden in unserem Wahlbetrieb drei Einsatzstellen geschlossen. Hierzu werden wir demnächst Verhandlungen zum Interessenausgleich aufnehmen, um schwerwiegende Nachteile für die von der Betriebsänderung betroffenen Kollegen abzuwenden. Unser Ziel ist, die Kollegen in der Region zu halten, denn in den kommenden Jahren gehen viele unserer Mitarbeiter in den Ruhestand. Und leider hat der Arbeitgeber es versäumt, in den letzten Jahren genügend junge Leute auszubilden, um die Altersabgänge kompensieren zu können. Der Fachkräftemangel macht auch vor der Deutschen Bahn nicht halt.

Kögler:

Unser Ziel ist natürlich, die Arbeitsbedingungen in allen Bereichen zu verbessern. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen einen sicheren Job bis zu Rente haben und dabei auch gesund bleiben. ■



> Gute Vorbereitung durch die DSTG Thüringen

Deutsche Steuer-Gewerkschaft

Thüringenmeisterschaften der Finanzverwaltung

Was vor einigen Jahren in relativ kleinem Rahmen begann, ist mittlerweile zu einer Tradition und zu einem jährlichen Highlight geworden: die Thüringenmeisterschaft der Finanzverwaltung.

Zum 20-jährigen Jubiläum am 13. Juni 2018 im Erfurter Steigerwaldstadion und den über die Stadt verteilten Sportstätten folgten 1 350 Beschäftigte aus der Finanzverwaltung dem Ruf der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) zur Teilnahme an den diesjährigen Wettkämpfen. Eröffnet wurden die Meisterschaften von Finanz-Staatssekretär Hartmut Schubert. Es wurden Wettkämpfe im Fußball, Tischtennis, Bowling, Kegeln, Skat und Schach ausgetragen. Außerdem wurde eine neue Rekordteilnehmerzahl bei der Disziplin Laufen erreicht. 850 Läufer absolvierten die doch anspruchsvolle Strecke, die vom Stadion durch den Steigerwald und zurück führte. Jaqueline Klee-Röse vom Finanzamt (FA) Gotha und Stefan Reimer vom FA Mühlhausen erreichten dabei jeweils als Erste das Ziel.

> Bowling/Kegeln

Im Alacher Bowlingcenter konnte die Herrenmannschaft des TFM II und die Damenmannschaft vom FA Altenburg den Sieg erringen. Auch die Kegler kämpften in der Erfurter Riethsporthalle um einen Pokal. Am Ende hatte bei den Damen die Mannschaft vom FA Jena und bei den Herren die Spielgemeinschaft FA Pößneck/TLRZ die Nase vorn.

Das Wetter spielte mit, nicht zu warm und nicht zu kalt,



> Staatssekretär Schubert eröffnet die Thüringenmeisterschaft.

auch wenn hin und wieder ein leichter Wind aufkam. Für das leibliche Wohl sorgte die Firma CCS mit Getränken und Leckerem vom Grill.

> Tischtennis

Einen Katzensprung vom Stadion entfernt wurde der Ball mit der Kelle geschlagen. Im Einzel setzte sich Karin Herrmann vom FA Gotha und Steffen Hildebrandt vom FA Mühlhausen durch, dessen Mannschaft auch den Wettbewerb im Tischtennis bei den Männern für sich entscheiden konnte.



> Volleyballturnier in der Henne Kaserne



> Ein Drachenboot im Zieleinlauf

Skat/Schach

In den Räumlichkeiten des Eisstadions fanden die Wettbewerbe in den gemütlicheren, aber sicher nicht weniger spannenden Disziplinen statt. Im Skat hatte Sven Hager vom FA Gera das beste Blatt und im Schach konnte der Vorjahressieger Matthias Hoßfeld wieder seine Gegner matt setzen.

Fußball

Natürlich wurde auch Fußball gespielt. Aus den Vorrunden gingen die Mannschaften vom FA Suhl, FA Jena, der Landesfinanzdirektion (LFD) sowie der Spielgemeinschaft Gotha/Erfurt hervor. Die Mannschaft vom FA Jena hatte im Turnier alle Spiele gewonnen und setzte diese Siegesserie auch im Finale gegen die SG Gotha/Erfurt fort. Hier wurde deutlich, dass das FA Jena das durchschnittlich jüngste Finanzamt ist.



> Die Sieger im Fußball: die Mannschaft vom FA Jena

Zur Siegerehrung hatte die Schirmherrin des diesjährigen Turniers, Finanzministerin Heike Taubert, ein volles Programm, um die Pokale zu überreichen.

Volleyball

Bereits im Vorfeld, am 28. Mai 2018, wurde das 13. Volleyballturnier im Rahmen der Thüringenmeisterschaft der Finanzverwaltung in der Henne Kaserne mit 150 Spielern ausgetragen. Hier gewann das FA Gotha. Der verletzte Kollege vom FA Mühlhausen wünschen wir auf diesem Wege gute Besserung.

Drachenbootrennen

Und nicht nur an Land, nein auch auf dem Wasser ging es heiß her mit einem Drachenbootrennen. Am 25. Juni 2018 wurde zum zweiten Mal der Wettbewerb in dieser Disziplin ausgetragen. Der Teamgeist



> Der neu gestiftete Wanderpokal für das Drachenbootrennen.

aller Mannschaften war auch in diesem Jahr hervorragend, wie auch das Wetter und die Outfits der Mannschaften. Erstmals stiftete die Finanzministerin auch hier einen Wanderpokal – eine Glocke. Mit Unterstützung des ansässigen Vereins paddelten die Teilnehmer auf der Saale am Strandschleicher um die Wette. Das Team vom FA Gera sicherte sich in einem spannenden

Finale mit dem Team des TFM den 1. Platz.

Deutsche Meisterschaft

Die siegreichen Sportler der diesjährigen Wettkämpfe haben sich damit für die Deutschlandmeisterschaften der Finanzverwaltung in 2019 qualifiziert.

Beim diesjährigen Deutschlandturnier, das vom 30. August bis 1. September 2018 in Chemnitz stattfindet, gehen die Sieger der Meisterschaften von 2017 für Thüringen an den Start.

„Wir wünschen Ihnen dafür viel Erfolg“, sagte Doreen Trautmann von der DSTG. „Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen der Betriebs- und Sportgemeinschaften, die diesen Veranstaltungen durch ihre Hilfe wieder einmal zu sportlichen Höhepunkten verholfen haben.“



> Die Ministerin Taubert überreicht den Pokal.



DPolG zu Dienstunfall/Unfallfürsorge

Schmerzensgeld und zivilrechtliche Ansprüche: Land soll in Vorkasse gehen

Wird ein Polizeibeamter durch einen Dienstunfall verletzt, wird ihm und seinen Hinterbliebenen vom Dienstherrn Unfallfürsorge gewährt. Weitergehende Ansprüche, wie Schmerzensgeld, muss der geschädigte Polizist jedoch selbst auf dem zivilgerichtlichen Weg gegen den Schädiger durchsetzen. Hier sieht die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Verbesserungspotenzial.

Schmerzensgeld beziehungsweise zivilrechtlichen Ansprüchen in Vorkasse geht und das Land sich dann das Geld holt – oder eben auch nicht.“

Die Unfallfürsorge umfasse nach § 25 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes (ThürBeamtVG) die Einsatzversorgung, die Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen, das Heilverfahren, den Unfallausgleich, das Unfallruhegehalt oder den Unterhaltsbeitrag, die einmalige Unfallentschädigung, den Schadensausgleich in besonderen Fällen und die Unfall-Hinterbliebenenversorgung.

Unabhängig von dieser gesetzlich geregelten Unfallfürsorge

für die Beamten des Freistaates Thüringen hätten die betroffenen Beamten beziehungsweise deren Angehörige noch die Möglichkeit, zivilrechtlich Schadenersatzansprüche beziehungsweise Entschädigungen geltend zu machen.

Durch eine Regelung im Thüringer Beamtengesetz kann zwar bei Schadenersatzansprüchen gegebenenfalls auch der Freistaat Thüringen als Dienstherr der betroffenen Beamtinnen und Beamten als Verfahrensbeteiligter hinzu kommen, wenn es etwa um Sachschäden geht, die durch Gewaltakte Dritter verursacht worden sind. Schmerzensgeldansprüche sind davon jedoch nicht betroffen.



Denn um Anspruch durchzusetzen, muss der Schädiger auch bekannt und zahlungsfähig sein. Die damit verbundenen Risiken trägt die Polizistin oder der Polizist bislang allein. „Generell sind die Regelungen

in Thüringen nicht schlecht“, sagt Uwe Schmoock, stellvertretender Landesvorsitzender der DPolG Thüringen. „Das Vorgehen müsste aber dahingehend verbessert werden, dass der Dienstherr bei

Neuer Gesetzentwurf vorgelegt

Besoldung: Gymnasiallehrkräfte sind absolute Verlierer

„Thüringens Gymnasiallehrkräfte sind die absoluten Verlierer im Entwurf des neuen Besoldungsgesetzes der Thüringer Landesregierung“, sagte Heike Schimke, Vorsitzende des Thüringer Philologenverbandes (TPhV).

„Nicht nur, dass ihnen die bisher mögliche funktionslose Beförderungsmöglichkeit in die A 14 genommen wird; es gibt auch keinen adäquaten Ausgleich dafür. Das ist bitter“, so Schimke weiter. Insbesondere

re mit Blick auf die Tatsache, dass 2017 alle Grundschullehrkräfte in die A 12 gehoben wurden und nun alle Regelschullehrkräfte in die A 12 mit Zulage und alle Förderschullehrkräfte in die A 13 gehoben

werden sollen. Erschwerend komme hinzu, dass es bisher bei Gymnasiallehrkräften seit 1990 weniger als 150 funktionslose Beförderungen gegeben habe. Damit würden 99 Prozent der derzeit tätigen Gymnasiallehrkräfte (ohne Schulleitungsfunktion) mit ihrem Eingangsamt in den Ruhestand gehen.

„Das sucht seinesgleichen in der Bundesrepublik“, empörte sich die TPhV-Chefin. „Dass die funktionslosen Beförderungen nach dem Aufbau dieses gigantischen Beförderungstaus nicht mehr funktionieren und nach diversen Gerichtsurteilen nun abgeschafft werden sollen, ist nicht einmal das, was den Philologen die Zornesröte ins Gesicht treibt. Nein – es ist die Tatsache, dass die Chance nicht genutzt wird, um ein zukunftsfähiges Beförderungssystem mit ausreichend Funktionsstellen aufzubauen. Dieses sollte zum einen enga-



© MEV

gierten Lehrkräften, die Verantwortung übernehmen, auch eine Entwicklungsperspektive geben und zum zweiten dafür sorgen, dass es einen Stellenpool gibt, aus dem die zukünftigen Schulleiterinnen und Schulleiter gewonnen werden können. Genau so ein System hatten die Philologen vorgeschlagen.“

Die Landesregierung plane jedoch lediglich die Einrichtung einer Funktionsstelle A 14 pro Gymnasium. Das mache 85 Stellen für ganz Thüringen.

Der TPhV befürchtet nun, dass, wenn es keine Perspektive zur Weiterentwicklung für Gymnasialschullehrer in Thüringen mehr gebe, die jungen Lehrer „mit den Füßen abstimmen werden“. So würde sich der Bewerbermangel nicht nur an den Regelschulen, sondern perspektivisch auch an den Gymnasien in Thüringen verschärfen.

Gewerkschaft der Sozialverwaltung Suhl

Neue Ortsleitung gewählt

Im Ortsverband Suhl der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) fanden im Juni 2018 Neuwahlen statt. Vorsitzende ist nun Astrid Bauroth, die bisherige Schatzmeisterin.

Bauroth tritt die Nachfolge von Susanne Zemitzsch an, die in den Ruhestand geht und nach zehn Jahre als Vorsitzende nicht mehr zur Wahl angetreten war. Sabine Fröhlich, welche auch gleichzeitig als stellvertretende Vorsitzende bestätigt wurde, übernahm die Schatzmeisterstätigkeit. Als weitere Mitglieder in der neuen Ortsleitung wurden Monika Rudolf, Sabine Liebert und Heidrun Raabe gewählt.

Mit einer Rückschau auf die vielen verschiedenen Aktivitäten während der langen Amts-

zeit von Susanne Zemitzsch wurde sie als Vorsitzende entlastet und verabschiedet.

Sie bedankte sich bei allen Mitstreitern für „die jahrelange gute Zusammenarbeit“ und wünschte der neuen Ortsleitung „viel Erfolg in der gewerkschaftlichen Arbeit“. Astrid Bauroth dankte der bisherigen Ortsvorsitzenden und wünschte ihr alles Gute.

Sie freue sich zudem über deren Bereitschaft, den Ortsverband Suhl weiterhin zu unterstützen.



> Der neu gewählte GdV-Ortsvorstand Suhl

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis für die Praxis!

Der Inhalt im Überblick:

- Altersheime: Kosten und Finanzierung
- aktuelle Leistungen der Pflegekassen
- Checkliste für den Wechsel von Wohnung ins Altersheim
- Vollmachten
- Regelungen für die letzten Tage und danach

Was Sie davon haben:

Nach dem Wechsel von seinem Privathaus ins Altersheim berichtet der Autor im Stil einer leicht verständlichen Gebrauchsanleitung über seine Beobachtungen und Erfahrungen, die er in seiner neuen Pflegeeinrichtung gesammelt hat. Heinz-Günter Blöcker fand, dass die Erfahrungen, die er mühsam machen musste, für andere Menschen nützlich sein könnten: umfassend und kompakt in einer Ratgeber-Broschüre. Mit umfangreichen Anlagen, Vordrucken und Platz für persönliche Notizen.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit untenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über unseren Onlineshop mit.



52 Seiten
€ 9,90*

ISBN: 978-3-87999-057-3

* zzgl. Porto und Verpackung

gtb
godesberger taschenbuch-verlag gmbh
Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn

Unsere Berliner Auslieferung:
dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30/ 7 26 19 17-23
Telefax: 0 30/ 7 26 19 17-49
E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de
Internet: www.dbbverlag.de
Onlineshop: shop.dbbverlag.de

BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e „Ratgeber für den Weg zur letzten Station und danach ...“ (€ 9,90 zzgl. Porto und Verpackung)
- Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail (freiwillig)

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 0 30/726 19 17-23, Fax: 0 30/726 19 17-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de

Werbereinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die dbb verlag gmbh über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 0 30/7 26 19 17-49 oder telefonisch unter 0 30/7 26 19 17-23. Im Falle des Widerspruchs werden Ihre Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung Ihrer Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift